

Münchener Anwaltshandbuch **Migrations- und Integrationsrecht**

3. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80165-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Harald Dörig / Stephan Hocks (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Migrations- und Integrationsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Migrations- und Integrationsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Harald Dörig

Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.;
Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

und

Prof. Dr. Stephan Hocks

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht in Frankfurt am Main;
Honorarprofessor an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Bearbeitet von

Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit; Prof. Dr. Harald Dörig; Ulrich Drews; Klaus Faßbender;
Prof. Dr. Martin Fleuß; Prof. Dr. Rolf Gutmann; Dr. Juliane Hettche, LL.M. (NYU);
Laura Hilb; Prof. Dr. Stephan Hocks; Dr. Michael Hoppe; Prof. Dr. Constantin Hruschka;
Dr. Sebastian Klaus; Dr. Michael Maier-Borst; Dr. Reinhard Marx; Gabriele Mastmann;
Dr. Jessica Niehaus; Bettina Offer LL. M.; Kai-Christian Samel; Dr. Jan Markus Schulte;
Antonia Vischer.

3. Auflage 2024



Zitiervorschlag: MAH MigrationsR/Bearbeiter § ... R.n


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 80165 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem
Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 3. Auflage

Das vorliegende Handbuch befasst sich mit dem Migrationsrecht in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. Es umfasst das klassische Ausländerrecht, in dem geregelt ist, wer nach Deutschland einreisen darf und wer das Land wieder verlassen muss. Es stellt aber auch ausführlich die rechtlichen Regelungen zur Integration von Ausländern dar bis hin zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Weitere Schwerpunkte sind die Erwerbsmigration und das Flüchtlingsrecht. Abgerundet werden die Ausführungen durch ein Kapitel zum Recht der Spätaussiedler, denn das Migrationsrecht bezieht sich auch auf deutschstämmige Migranten. Die thematische Erschließung der unterschiedlichen Regelungsbereiche orientiert sich an Sachzusammenhängen und nicht an Paragraphen.

Das Werk hat in seiner 3. Auflage nunmehr zwei Herausgeber. Zum Begründer des Werkes Prof. Dr. Harald Dörig ist Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Stephan Hocks hinzugegetreten. Die Erweiterung des Herausgeberkreises trägt dem Umstand Rechnung, dass das Handbuch nunmehr in die Reihe der „Münchener Anwaltshandbücher“ aufgenommen wurde. Das Werk ist ganz überwiegend von Praktikern verfasst und spricht die Probleme des Migrationsrechts an, die in der Lebenswirklichkeit eine Rolle spielen. Es erfasst insbesondere die Themen, die im Rahmen der Lehrgänge zum Erwerb der Qualifikation als Fachanwalt für Migrationsrecht behandelt werden.

Der Kernbestand der Autoren konnte aus dem Kreis der Dozentinnen und Dozenten solcher Fachanwaltslehrgänge gewonnen werden. Es sind erfahrene Rechtsanwälte, Richter aus allen Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und eines Oberlandesgerichts, ein Hochschullehrer, ein Referatsleiter der Bundesintegrationsbeauftragten, ein Jurist der Bundesdatenschutzbeauftragten und die Rechtsberaterin einer NGO. Ausgeschieden sind Herr O'Brien, Frau Katrin Lehmann und Frau Dr. Ariane Wiedmann. Neu hinzugekommen sind Frau Dr. Juliane Hettche, Frau Laura Hilb, Herr Dr. Sebastian Klaus und Frau Antonia Vischer. Die Autorinnen und Autoren erläutern die Rechtslage unabhängig von ihrer beruflichen Position.

Das 2018 begründete Handbuch ist mit seiner 3. Auflage auf dem Stand vom 31. März 2024 und bezieht damit die umfangreichen Gesetzesänderungen des Jahres 2023 und von Anfang 2024 in seine Betrachtungen ein – so etwa das neue Chancen-Aufenthaltsrecht, die Novelle zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das neue Einbürgerungsrecht, die Regelungen für Ukraine-Flüchtlinge und das Gesetz zur Verbesserung der Rückführung. Daneben berücksichtigt die Neuauflage weitere Novellen wie die Änderung des Vertriebenengesetzes. Die vorgesehenen Änderungen des EU-Asylrechts, auf die sich die drei am Gesetzgebungsverfahren beteiligten EU-Organe Ende 2023 geeinigt haben, werden in Grundzügen dargestellt.

Unser Dank gebührt allen Autorinnen und Autoren für die konstruktive Zusammenarbeit, aber auch dem verantwortlichen Lektor des Beck-Verlages Dr. Ulrich Eisenried für seine fachkundige Unterstützung bei der Erstellung des Werkes.

Erfurt/Frankfurt, den 31. März 2024

Harald Dörig
Stephan Hocks



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aktuelle Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Dr. Uwe-Dietmar Berlit
Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D., Leipzig;
Honorarprofessor an der Universität Leipzig

Dr. Harald Dörig
Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., Leipzig;
Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Ulrich Drews
Richter am Thüringer Oberlandesgericht, Jena

Klaus Faßbender
Stab der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Bonn

Dr. Martin Fleuß
Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig;
Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Dr. Rolf Gutmann
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht, Schorndorf;
Honorarprofessor und Ehrendoktor der Yeditepe-Universität Istanbul

Dr. Juliane Hettche, LL.M. (NYU)
Richterin am Verwaltungsgericht,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht

Laura Hilb
Assessorin,
Rechtsreferentin beim Informationsverbund Asyl und Migration e.V., Berlin;
Redakteurin der Zeitschrift „Asylmagazin“

Dr. Stephan Hocks
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht, Frankfurt am Main;
Honorarprofessor an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Michael Hoppe
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof, Mannheim

Dr. Constantin Hruschka
Professor an der Evangelischen Hochschule Freiburg/Breisgau

Dr. Sebastian Klaus
Rechtsanwalt, Darmstadt

Dr. Michael Maier-Borst
Referatsleiter im Arbeitsstab der
Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin

Dr. Reinhard Marx
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Aktuelle Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Gabriele Mastmann
Rechtsanwältin, Frankfurt am Main

Dr. Jessica Niehaus
Richterin am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M.

Bettina Offer LL. M.
Rechtsanwältin, Frankfurt am Main

Kai-Christian Samel
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin

Dr. Jan Markus Schulte
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Kiel

Antonia Vischer
Richterin am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterinnen und Bearbeiter der Voraufgabe

Katrin Lehmann

Vorsitzende Richterin am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a.D., Kassel

Killian O'Brien

ehem. Referatsleiter EASO, Malta

Dr. Ariane Wiedmann, MJur (Oxon)

Richterin am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Aktuelle Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Bearbeiterinnen und Bearbeiter der Voraufgabe	IX
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLV
Einleitung	1
A. Entwicklung des deutschen und europäischen Migrationsrechts	1
I. Gegenstand des Migrationsrechts	1
II. Entwicklung der Migration von und nach Deutschland	2
III. Migranten in Deutschland heute	6
IV. Rechtliche Grundlagen	7
B. Grundbegriffe des Migrationsrechts	8
1. Kapitel. Staatsangehörigkeitsrecht	11
§ 1 Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts	11
A. Grundlagen/Einführung	11
I. Begriff Staatsangehörigkeit	11
II. Allgemeine Funktion der Staatsangehörigkeit	13
III. Nationale Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft	15
B. Rechtsquellen des Staatsangehörigkeitsrechts	16
I. Völkerrecht	16
II. Unionsrecht	18
III. Nationales Recht	19
1. Gesetzesrecht	19
2. Rechtsverordnungen	20
3. Verwaltungsvorschriften	21
§ 2 Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	23
A. Erwerb	24
I. Allgemeines	24
II. Staatsangehörigkeitserwerb kraft Abstammung	25
1. Allgemeiner Geburtserwerb (§ 4 Abs. 1 StAG)	25
2. Findelkindregelung (§ 4 Abs. 2 StAG)	28
3. Erklärungsrecht (§ 5 StAG)	28
4. Erwerb durch Annahme als Kind (§ 6 StAG)	29
III. Erwerb durch Inlandsgeburt (§ 4 Abs. 3 StAG)	30
1. Allgemeines	30
2. Inlandsgeburt	31
3. Ausländischer Elternteil	31
4. Fünfjähriger gewöhnlicher Aufenthalt	31
5. Unbefristetes Aufenthaltsrecht	32
IV. Staatsangehörigkeitserwerb und Vertriebenenrecht	33
1. Staatsangehörigkeitserwerb durch Spätaussiedler (§ 7 BVFG)	33
2. „Überleitung“ Statusdeutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit (§ 40a StAG aF)	34
V. Erwerb durch „Ersitzung“ (§ 3 Abs. 2 StAG)	34
B. Insbesondere: Erwerb durch Einbürgerung	36
I. Einbürgerung als Erwerbsgrund	36

II. Anspruchsvoraussetzungen der Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG)	39
1. Überblick	39
2. Klärung der Identität und der Staatsangehörigkeit	39
3. Staatsangehörigkeitsrechtliche Handlungsfähigkeit	43
4. Fünfjähriger Inlandsaufenthalt	43
a) „Gewöhnlicher“ Aufenthalt	43
b) „Rechtmäßiger“ Aufenthalt	45
c) Verkürzungen des erforderlichen Voraufenthalts (§ 10 Abs. 3 StAG)	45
5. Sicherheitserfordernisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 1a, Abs. 1 S. 3, § 11 StAG)	46
a) Übersicht	46
b) Bekenntnis/Loyalitätserklärung	46
c) Ausschlussgründe (§ 11 StAG)	49
6. Aufenthaltsstatus bei Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StAG)	54
7. Eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts/Unterhaltungsfähigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG)	54
a) Grundsatz: Lebensunterhaltssicherung ohne Leistungsbezug	54
b) Ausnahmen bei Leistungsbezug	55
8. Aufgabe/Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, § 12 StAG aF)	59
9. Strafrechtliche Unbescholtenheit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, § 12b StAG)	61
a) Grundsatz: keine Verurteilung	61
b) Nichtberücksichtigung von geringfügigen Bestrafungen (§ 12a Abs. 1 S. 1–4 StAG)	62
c) Nichtberücksichtigung von Maßregeln der Besserung und Sicherung (§ 12a Abs. 1 S. 5 StAG)	63
d) Ausländische Verurteilungen (§ 12a Abs. 2 StAG)	63
e) Aussetzung der Einbürgerungsentscheidung bei anhängigen Ermittlungs-/Strafverfahren (§ 12a Abs. 3, 4 StAG)	64
10. Sprachanforderungen	65
a) Grundsatz: ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache	65
b) Abgesenkte Sprachanforderungen	66
c) Absehen vom Sprachkenntniserfordernis	67
11. Staatsbürgerliche Kenntnisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 7, Abs. 5 StAG)	68
12. Miteinbürgerung von Familienangehörigen	69
III. Ermessenseinbürgerungen (§§ 8, 9 StAG)	69
1. Allgemeines	69
2. Allgemeine Ermessenseinbürgerung (§ 8 StAG)	70
3. Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher (§ 9 StAG)	73
IV. Staatsangehörigkeit(srückerwerb) durch Einbürgerung bei Opfern der NS-Unrechtsherrschaft (Art. 116 Abs. 2 GG; § 15 StAG)	75
1. Staatsangehörigkeitserwerb nach § 116 Abs. 2 GG	75
2. Wiedergutmachungseinbürgerungsanspruch nach § 15 StAG	76
V. Weitere Ermessenseinbürgerungstatbestände	78
1. Einbürgerung ehemaliger Deutscher (§ 13 StAG)	78
2. Einbürgerung von Ausländern mit gewöhnlichem Auslandsaufenthalt (§ 14 StAG)	79
3. Staatenlose, heimatlose Ausländer und Flüchtlinge	80
4. Heimatlose Personen	81

C.	Verlust der Staatsangehörigkeit	81
I.	Grundsätzliches/Überblick	81
II.	Verlust durch Verzicht (§ 26 StAG)	84
III.	Eintritt in fremde Streitkräfte; Beteiligung an Kampfhandlungen terroristischer Vereinigungen (§ 28 StAG)	85
IV.	Rücknahme der Einbürgerung	86
1.	Überblick	86
2.	Rücknahmevoraussetzungen	87
3.	Ermessensentscheidung über die Rücknahme	88
4.	Rücknahmefrist (§ 35 Abs. 3 StAG)	89
§ 3	Feststellung der Staatsangehörigkeit; Verfahren	91
A.	Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit („Statusfeststellungsverfahren“; § 30 StAG)	91
B.	Verwaltungsverfahren	94
I.	Zuständigkeiten	94
1.	Staatsangehörigkeitsbehörden	94
2.	Weitere Behörden	95
II.	Einbürgerungsverfahren	96
1.	Allgemeines	96
2.	Ausgewählte Verfahrensfragen zum Einbürgerungsverfahren	97
3.	Einbürgerungszusicherung	98
4.	Aushändigung der Einbürgerungsurkunde	99
III.	Verwaltungskosten	100
IV.	Staatsangehörigkeitsentscheidungsregister	101
C.	Ausgewählte Rechtsschutzfragen	102
2. Kapitel. Aufenthaltsrecht	105
§ 4	Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Grundlagen	105
A.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	105
I.	Kein Recht auf Einreise	105
II.	Grundrechtsbindung bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen	107
III.	Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	108
B.	Unionsrechtliche Grundlagen	109
I.	Freizügigkeit für Unionsbürger	109
II.	Wegfall der Binnengrenzen, Grenzschutz und Kurzzeitvisa	110
1.	Schengener Grenzkodex	110
2.	Frontex-Verordnung	110
3.	Visakodex	111
III.	Regeln für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem	112
IV.	Gemeinsame Einwanderungsregeln	112
1.	Zuwanderung zur Erwerbstätigkeit	112
2.	Studium	113
3.	Familiennachzug	113
4.	Langfristig Aufenthaltsberechtigte	114
5.	Rückführung in Herkunftsstaat	114
§ 5	Aufenthaltsgesetz	117
A.	Einreise von Ausländern	122
I.	Einreise in das Bundesgebiet	122
1.	Einreisevoraussetzungen	122
2.	Ausnahmen	123
a)	Kurzaufenthalte	123
b)	Kurzfristige Mobilität	123

c) Nationale Befreiungen	123
d) Türkische Staatsangehörige	124
3. Aufenthaltstitel	124
4. Visum	125
a) Schengen-Visum	126
b) Nationales Visum	127
5. Das Visum als zwingende Erteilungsvoraussetzung gemäß § 5 Abs. 2 AufenthG	128
II. Unerlaubte Einreise	130
1. Zurückweisung an der Grenze	130
2. Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer	130
III. Rechtsschutz	131
B. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel	133
I. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen gemäß § 5 AufenthG	133
1. Regelerteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG	134
a) Sicherung des Lebensunterhalts gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG	135
b) Klärung der Identität und der Staatsangehörigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG	137
c) Nichtbestehen eines Ausweisungsinteresses gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG	139
d) Keine Beeinträchtigung oder Gefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland aus einem sonstigen Grund gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG	141
e) Erfüllung der Passpflicht gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG ..	142
2. Grundsätzlich zwingende Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 2 AufenthG	142
3. Absehen von den Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 und 2 AufenthG gemäß § 5 Abs. 3 AufenthG	142
4. Zwingender Versagungsgrund des § 5 Abs. 4 AufenthG	143
II. Visum gemäß § 6 AufenthG	144
III. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 AufenthG	144
1. Einordnung der Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Abs. 1 S. 1 AufenthG	144
2. Zweckbindung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 1 S. 2–4 AufenthG	144
3. Befristung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 AufenthG	145
4. Nachträglich zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG	145
IV. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 AufenthG	146
1. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 1 AufenthG	146
2. Regelmäßiger Ausschluss der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 2 AufenthG	147
3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei bestehender Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Teilnahme am Integrationskurs gemäß § 8 Abs. 3 und 4 AufenthG	147
a) Feststellung einer Verpflichtung aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG vor der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 1 AufenthG	147

b) Berücksichtigung einer Verletzung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 2 AufenthG	148
c) Regel- oder Ermessensablehnung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 3–5 AufenthG bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG	148
d) Höchstbefristung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 6 AufenthG bis zur Erfüllung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG	149
e) Ausschluss des § 8 Abs. 3 AufenthG bei der Verlängerung einer nach § 25 Abs. 1, 2 oder 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 4 AufenthG	149
V. Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gemäß § 9 AufenthG	149
VI. Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU gemäß den §§ 9a, 9b und 9c AufenthG	149
VII. Aufenthaltstitel bei Asylantrag gemäß § 10 AufenthG	149
1. Grundsätzlicher Ausschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels vor dem bestandskräftigen Abschluss des Asylverfahrens gemäß § 10 Abs. 1 AufenthG	150
2. Verlängerung eines nach der Einreise des Ausländers erteilten oder verlängerten Aufenthaltstitels trotz Asylantragstellung gemäß § 10 Abs. 2 AufenthG	151
3. Grundsätzlicher Ausschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels bei Ablehnung oder Rücknahme eines Asylantrages gemäß § 10 Abs. 3 AufenthG	151
a) Grundsätzliche eingeschränkte Sperrwirkung gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 AufenthG	151
b) Grundsätzliche Sperrwirkung gemäß § 10 Abs. 3 S. 2 AufenthG	152
c) Keine Anwendung der Titelerteilungssperre des § 10 Abs. 3 S. 1 und 2 AufenthG gemäß § 10 Abs. 3 S. 3 AufenthG	152
d) Titelerteilungssperre gemäß § 10 Abs. 3 S. 4 AufenthG	153
e) Stichtagsregelung des § 10 Abs. 3 S. 5 AufenthG	153
VIII. Einreise- und Aufenthaltsverbote gemäß § 11 AufenthG	153
IX. Geltungsbereich und Nebenbestimmungen gemäß § 12 AufenthG ..	154
1. Territorialer Geltungsbereich des Aufenthaltstitels gemäß § 12 Abs. 1 AufenthG	154
2. Erteilung und Verlängerung des Visums und der Aufenthaltserlaubnis unter Bedingungen gemäß § 12 Abs. 2 S. 1 AufenthG	154
3. Verbindung der Aufenthaltserlaubnis mit Auflagen gemäß § 12 Abs. 2 S. 2 und 3 AufenthG	155
4. Verlässenspflicht gemäß § 12 Abs. 3 AufenthG	155
5. Nachträglich zeitliche und/oder räumliche Beschränkung des genehmigungsfreien Aufenthalts gemäß § 12 Abs. 4 AufenthG ..	155
6. Verlässenserlaubnis gemäß § 12 Abs. 5 AufenthG	156
X. Wohnsitzregelung gemäß § 12a AufenthG	156
XI. Beantragung eines Aufenthaltstitels gemäß § 81 AufenthG	156
1. Antragerfordernis gemäß § 81 Abs. 1 AufenthG	156
2. Einholung des Aufenthaltstitels vom Inland aus gemäß § 81 Abs. 2 AufenthG	157

3. Antrag bei rechtmäßigem Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel gemäß § 81 Abs. 3 AufenthG	158
4. Antrag auf Verlängerung oder Neuerteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 81 Abs. 4 AufenthG	159
5. Ausstellung der Fiktionsbescheinigung gemäß § 81 Abs. 5 AufenthG	162
6. Erwerbstätigkeit bis zur Ausgabe des elektronischen Aufenthaltstitels gemäß § 81 Abs. 5a AufenthG	163
7. Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug zu einem Inhaber einer ICT-Karte, einer Mobiler-ICT-Karte oder einer Blauen Karte EU gemäß § 81 Abs. 6 AufenthG	164
8. Mitteilungsfrist und Beschäftigungsausübung nach § 81 Abs. 6a AufenthG	164
9. Sicherstellung der erkennungsdienstlichen Behandlung gemäß § 81 Abs. 7 AufenthG	165
XII. Rechtsschutz	165
1. Rechtsschutz bei Versagung der Erteilung, Neuerteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels	165
a) Rechtsschutz in der Hauptsache	165
b) Einstweiliger Rechtsschutz	165
2. Rechtsschutz bei Nebenbestimmungen	166
3. Rechtsschutz bei nachträglicher zeitlicher Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis oder des genehmigungsfreien Aufenthalts	166
C. Aufenthaltszwecke	167
I. Erwerbstätigkeit	167
1. Grundlagen	167
a) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt vs. Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt	167
b) Nachfrageorientiertes Zuwanderungssystem	168
c) Vorrangprüfung (§ 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG)	169
d) Vergleichbarkeitsprüfung (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 bzw. Abs. 3 Nr. 1 AufenthG)	170
e) Erwerbsmigration im Rahmen des AufenthG	170
2. Beschäftigung (§ 18 AufenthG)	171
a) Erfordernisse des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland (§ 18 Abs. 1 AufenthG)	171
b) Allgemeine Voraussetzungen für Beschäftigungsaufenthalte (§ 18 Abs. 2 und 3 AufenthG)	171
c) Erteilungsdauer (§ 18 Abs. 4 AufenthG)	171
3. Blaue Karte EU (§ 18g AufenthG)	172
a) Blaue Karte in Grundzügen	172
b) Erteilungsvoraussetzungen	173
c) Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU (§§ 18h, 18i AufenthG)	174
4. ICT-Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer (§ 19 ff. AufenthG)	174
a) Berechtigter Personenkreis: Führungskräfte, Spezialisten und Trainees	175
b) Entsendedauer	175
c) Mobilitätsschema (§§ 19a und 19b AufenthG)	176
5. Forschung (§ 18d ff. AufenthG)	176
a) Berechtigter Personenkreis	177

b) Regelungstechnik	177
c) Mobilitätsschema (§§ 18e und 18f AufenthG)	177
6. Sonstige Beschäftigte und Beamte (§ 19c AufenthG)	177
7. Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte (§ 18c AufenthG)	178
8. Arbeitsplatzsuche im Anschluss an Aufenthalte im Bundesgebiet (§ 20 AufenthG)	178
9. Chancenkarte nach dem Punktesystem (§§ 20a und 20b AufenthG)	178
10. Selbständige Tätigkeit (§ 21 AufenthG)	179
a) Allgemeine Voraussetzungen	179
b) Privilegierung von Freiberuflern	179
c) Privilegierung von Hochschulabsolventen, Forschern und Wissenschaftlern	180
II. Ausbildung	180
1. Allgemeines	180
2. Berufliche Aus- und Weiterbildung	181
3. Studium	184
4. Sprachkurs und Schulbesuch	188
5. Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	189
6. Rechtsschutz	192
III. Humanitäre Aufenthaltstitel	192
1. Aufnahme aus dem Ausland gemäß § 22 AufenthG	192
2. Aufenthaltsgewährung nach § 23 AufenthG	194
3. Aufenthaltsgewährung in Härtefällen gemäß § 23a AufenthG („Härtefallkommission“)	195
4. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz gemäß § 24 AufenthG	197
a) Europarechtlicher Rahmen für den vorübergehenden Schutz nach der Massenzustrom-RL und dem Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382	198
b) Einordnung und Bedeutung der Ukraine-AufenthÜV	203
c) Versagungsgründe des § 24 Abs. 2 AufenthG; Anwendbarkeit von § 5 Abs. 4 AufenthG	206
d) Arbeitsmarktzugang und analoge Anwendung von § 81 Abs. 5a AufenthG	206
e) Wohnsitzauflagen	208
f) Besondere Praxis bei Verwaltungsgebühren	208
g) Weiterwanderung innerhalb der Mitgliedstaaten; Erlöschensgründe der Aufenthaltserlaubnis	209
5. Aufenthalt aus humanitären Gründen gemäß § 25 AufenthG	209
a) Aufenthaltserlaubnis wegen eines Schutzanspruches	209
b) Andere humanitäre Gründe	213
6. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden gemäß § 25a AufenthG	219
7. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	221
8. Dauer des Aufenthalts gemäß § 26 AufenthG	223
a) Erteilungs- und Verlängerungsdauer	223
b) Niederlassungserlaubnis bei humanitärer Aufenthaltserlaubnis .	223
IV. Familiäre Aufenthaltstitel	226
1. Systematik	226

2. Verfassungsrechtliche, völkerrechtliche und unionsrechtliche Maßstäbe für den Aufenthalt aus familiären Gründen	226
a) Verfassungsrecht	226
b) Völkerrecht	228
c) Unionsrecht	230
3. Grundsatz des Familiennachzugs (§ 27 AufenthG)	230
a) Herstellung und Wahrung der familiären Lebensgemeinschaft	230
b) Ausschluss- und Versagungsgründe	231
c) Geltungsdauer	232
4. Familiennachzug zu Ausländern (§ 29 ff. AufenthG)	232
a) Allgemeine Anforderungen (§ 29 AufenthG)	232
b) Ehegattennachzug (§§ 30, 31 AufenthG)	234
c) Kindernachzug (§§ 32, 33, 34, 35 AufenthG)	239
d) Nachzug der Eltern zu unbegleiteten Minderjährigen (§ 36 Abs. 1 AufenthG)	247
e) Nachzug sonstiger Familienangehöriger	248
f) Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (§ 36a AufenthG)	249
5. Familiennachzug zu Deutschen (§ 28 AufenthG)	253
a) Allgemeines	253
b) Ehegattennachzug	253
c) Kindernachzug	254
d) Elternnachzug	254
e) Regelanspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis	255
f) Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Ehegatten und Kindern	256
g) Sonstige Familienangehörige	257
6. Übergangsregelungen (§§ 104–104b AufenthG)	257
a) § 104 AufenthG	257
b) Altfallregelung (§ 104a AufenthG)	259
c) Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern (§ 104b AufenthG)	260
V. Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG)	260
1. Die Ausgangslage	260
2. Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG	261
a) Geduldeter Ausländer	261
b) Qualifizierter Aufenthalt von fünf Jahren	262
c) Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	263
d) Straffreiheit	264
e) Reduzierte allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	264
3. Voraussetzungen einer Versagung	264
4. Fehlendes Ausweisungsinteresse	266
5. Keine Sperre durch asylrechtliche Ablehnung nach § 30 Abs. 3 AsylG	266
6. Soll-Vorschrift/Ermessen	267
7. Dauer und Rechtsnatur der Aufenthaltserlaubnis	267
8. Hinweispflichten der Ausländerbehörde	268
9. Aufenthaltstitel für Familienangehörige	268
10. Familiennachzug	269
11. Begünstigung türkischer Staatsangehöriger	269
12. Arbeitsmarktzugang und soziale Absicherung	269

3. Kapitel. Aufenthaltsbeendigung	271
§ 6 Beendigung des Aufenthaltsrechts	271
A. Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG)	272
I. Entstehen und Bedeutung der Ausreisepflicht	272
1. Nicht oder nicht mehr im Besitz eines Aufenthaltstitels	273
2. Erforderlichkeit eines Aufenthaltstitels	273
3. Bedeutung und Umfang der Ausreisepflicht	274
4. Zeitliche Dimension der Ausreisepflicht	275
II. Pflichten von und Umgang mit ausreisepflichtigen Ausländern	275
B. Erlöschen von Aufenthaltstiteln (§ 51 AufenthG)	277
I. Allgemeines zu den Erlöschensgründen	278
II. Die Erlöschensgründe aus § 51 Abs. 1 AufenthG	278
1. Ablauf der Geltungsdauer (§ 51 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	278
2. Eintritt einer auflösenden Bedingung (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	278
3. Rücknahme und Widerruf (§ 51 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 AufenthG)	279
4. Ausweisung oder Abschiebungsanordnung (§ 51 Abs. 1 Nr. 5 und Nr. 5a AufenthG)	279
5. Ausreise (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG)	279
a) Zweck der Regelungen	280
b) Begriff der Ausreise in § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG	280
c) Ausreise aus nicht nur vorübergehendem Grund (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG)	280
d) Ausreise und keine Wiedereinreise in der Sechs-Monats-Frist (§ 51 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG)	281
6. Asylantrag bei humanitärem Aufenthaltstitel (§ 51 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG)	282
III. Privilegierungen und Ausnahmen	282
1. Inhaber einer ICT-Karte nach § 19 AufenthG und bestimmter Aufenthaltstitel zu Studien- und Forschungszwecken (§ 51 Abs. 1a AufenthG)	283
2. Inhaber einer Niederlassungserlaubnis (§ 51 Abs. 2 und Abs. 4 AufenthG)	283
3. Abweichung von § 51 Abs. 1 Nr. 6 und 7 AufenthG ohne Niederlassungserlaubnis (§ 51 Abs. 3, Abs. 4, Abs. 7 und Abs. 10 AufenthG)	284
IV. Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	285
C. Widerruf (§ 52 AufenthG)	285
I. Widerrufstatbestände und auf sie bezogene Fragen der Ermessensausübung	286
II. Rechtsfolge Ermessen – grundsätzliche Erwägungen	287
III. Rechtsschutz	288
§ 7 Aufenthaltsbeendigung durch Ausweisung	289
A. Maßstäbe für eine Ausweisung (§ 53 AufenthG)	291
I. Entwicklung des Ausweisungsrechts	291
II. Systematik des Ausweisungsrechts	292
III. Das öffentliche Ausweisungsinteresse	293
1. Gefahrenabwehr als Ziel der Ausweisung	293
a) Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	294
b) Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung	295

c) Gefährdung sonstiger erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland	295
2. Spezialpräventive und generalpräventive Gründe der Ausweisung	296
IV. Das Bleibeinteresse	299
V. Abwägung nach Verhältnismäßigkeit	301
VI. Besonders geschützte Personengruppen	302
1. Assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige	303
2. Langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige	304
3. Asylberechtigte, Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte	305
4. Unionsrechtlich geprägte Verhältnismäßigkeitsprüfung	307
VII. Asylantragsteller	307
VIII. Prüfprogramm	308
B. Das öffentliche Ausweisungsinteresse	308
I. Allgemeines	308
II. Das besonders schwerwiegende Ausweisungsinteresse (§ 54 Abs. 1 AufenthG)	309
1. Freiheits- oder Jugendstrafen von mindestens zwei Jahren wegen Vorsatzdelikten oder Sicherungsverwahrung (Abs. 1 Nr. 1)	309
2. Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr bei bestimmten Vorsatzdelikten (Abs. 1 Nr. 1a bis Nr. 1c)	310
3. Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (Abs. 1 Nr. 2) ...	313
4. Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (Abs. 1 Nr. 2a)	316
5. Leiter eines verbotenen Vereins (Abs. 1 Nr. 3)	317
6. Gewaltsame Verfolgung politischer Ziele (Abs. 1 Nr. 4)	317
7. Aufruf zum Hass (Abs. 1 Nr. 5)	318
III. Das schwerwiegende Ausweisungsinteresse (§ 54 Abs. 2 AufenthG) ..	319
1. Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten (Abs. 2 Nr. 1)	319
2. Jugendstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung (Abs. 2 Nr. 2)	319
3. Mehrfache Geld- oder Freiheitsstrafe wegen bestimmter Vorsatztaten (Abs. 2 Nr. 2a)	320
4. Verwirklichung bestimmter Straftatbestände (Abs. 2 Nr. 3)	320
5. Sonstige Betäubungsmittelkriminalität (Abs. 2 Nr. 4)	320
6. Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben (Abs. 2 Nr. 5)	320
7. Zwangsehe (Abs. 2 Nr. 6)	321
8. Falschangaben bei Sicherheitsbefragungen (Abs. 2 Nr. 7)	321
9. Pflichtverletzungen im Verwaltungsverfahren (Abs. 2 Nr. 8)	322
10. Verurteilung wegen einer Straftat mit menschenverachtendem Beweggrund (Abs. 2 Nr. 9)	323
11. Sonstige Rechtsverstöße (Abs. 2 Nr. 10)	323
C. Das Bleibeinteresse des Ausländers	325
I. Allgemeines	325
II. Das besonders schwerwiegende Bleibeinteresse (§ 55 Abs. 1 AufenthG)	326
1. Niederlassungserlaubnis und rechtmäßiger fünfjähriger Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 1)	326
2. „Faktische Inländer“ (Abs. 1 Nr. 2)	326
3. Aufenthaltserlaubnis, rechtmäßiger fünfjähriger Aufenthalt und eheliche/lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft mit Personen nach Nr. 1 oder Nr. 2 (Abs. 1 Nr. 3)	327

4. Familiäre Beziehungen zu einem deutschen Staatsangehörigen (Abs. 1 Nr. 4)	327
5. Humanitäre Gründe (Abs. 1 Nr. 5)	328
III. Das schwerwiegende Bleibeinteresse (Abs. 2)	329
1. Minderjähriger mit Aufenthaltserlaubnis (Abs. 2 Nr. 1)	329
2. Aufenthaltserlaubnis und fünfjähriger Aufenthalt (Abs. 2 Nr. 2) ..	329
3. Ausübung der Personensorge oder Umgangsrecht (Abs. 2 Nr. 3)	330
4. Minderjähriger mit sich rechtmäßig aufhaltigen Eltern (Abs. 2 Nr. 4)	330
5. Belange oder das Wohl des Kindes zu berücksichtigten (Abs. 2 Nr. 5)	330
D. Die Rechtsfolgen der Ausweisung	331
E. Das Einreise- und Aufenthaltsverbot infolge einer Ausweisung	331
I. Allgemeines	332
II. Ausgestaltung und Wirkungen des Einreise- und Aufenthaltsverbots	333
1. Erlassvoraussetzungen	333
2. Verschiedene Einreise- und Aufenthaltsverbote aufgrund von Ausweisung und Abschiebung	334
3. Die Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbots	335
4. Fristbeginn und Ausgestaltung der Frist	338
5. Nachträgliche Abänderung der Frist und die Aufhebung des Einreise- und Aufenthaltsverbots	339
III. Zuständigkeitsfragen	340
IV. Einreise trotz entgegenstehendem Verbot	340
F. Rechtsschutz gegen die Ausweisung und das Einreise- und Aufenthaltsverbot	340
I. Hauptsacheverfahren	340
1. Klageart und -gegenstand	340
2. Aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gegen die Ausweisung	341
3. Aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gegen das Einreise- und Aufenthaltsverbot	341
4. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage	341
5. Ermessensergänzungen beim befristeten Einreise- und Aufenthaltsverbot	342
6. Beteiligung von Familienangehörigen	342
II. Eilrechtsschutz	343
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen sofort vollziehbare Ausweisung .	343
a) Gesonderte Begründung des Sofortvollzugs	344
b) Materieller Prüfungsmaßstab	344
2. Vorläufiger Rechtsschutz bei Versagung eines Aufenthaltstitels und gleichzeitiger Ausweisung	345
3. Vorläufiger Rechtsschutz gegen das befristete Einreise- und Aufenthaltsverbot	345
G. Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit (§ 56 f. AufenthG)	345
I. Überwachungsregelungen kraft Gesetzes	346
1. Meldepflicht (§ 56 Abs. 1 S. 1 AufenthG)	346
2. Aufenthaltsbeschränkung (§ 56 Abs. 2 AufenthG)	347
II. Überwachungsregelungen aufgrund behördlicher Einzelfallentscheidung	348
1. Meldeauflagen gegen vollziehbar Ausreisepflichtige	348
2. Wohnsitzauflagen	349
3. Kontakt- und Kommunikationsverbote	350

4. Elektronische Aufenthaltsüberwachung	352
5. Sanktionsmöglichkeiten	352
4. Kapitel. Vollstreckung der Ausreisepflicht	353
§ 8 Vollstreckung mittels Abschiebung und Zurückschiebung	353
A. Allgemeines	354
B. Zurückschiebung (§ 57 AufenthG)	354
I. Rechtsnatur	354
II. Voraussetzungen nach § 57 Abs. 1 AufenthG	356
III. Voraussetzungen nach § 57 Abs. 2 AufenthG	357
C. Abschiebung (§§ 58 ff. AufenthG)	358
I. Rechtsnatur der Abschiebung	358
II. Abschiebungsvoraussetzungen	359
1. Vollziehbare Ausreisepflicht	360
2. Vorliegen eines Abschiebungsgrundes	361
3. Abschiebungsandrohung und Ausreisefristsetzung nach § 59 Abs. 1 AufenthG	363
III. Keine Abschiebungsverbote und -hindernisse	367
1. Schutzbegehren des Betroffenen	368
2. Wirkungen einer unanfechtbaren Abschiebungsandrohung	369
IV. Der Vollzug der Abschiebung	369
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Vollstreckung	369
2. Abschiebung unbegleiteter Minderjähriger	370
3. Freiheitsbeschränkungen während der Abschiebung	370
4. Betreten von Wohnungen zur Ermöglichung der Abschiebung ...	371
5. Abschiebung auf dem Luftweg	372
V. Das Einreise- und Aufenthaltsverbot im Zusammenhang mit Abschiebung oder Zurückschiebung	373
1. Die Entwicklung der Regelung	373
2. Anforderungen an das befristete Einreise- und Aufenthaltsverbot aufgrund von Abschiebung und Zurückweisung	374
3. Verschiedene Einreise- und Aufenthaltsverbote aufgrund von Ausweisung und Abschiebung	375
4. Dauer des Einreiseverbots	375
5. Einreise- und Aufenthaltsverbot außerhalb des Anwendungsbereichs der Rückführungs-RL	376
VI. Rechtsschutz	377
1. Rechtsschutz gegen die Abschiebungsandrohung und die Ausreisefrist	377
a) Klageverfahren	378
b) Vorläufiger Rechtsschutz	379
2. Rechtsschutz gegen die Abschiebung selbst	380
a) Vorläufiger Rechtsschutz	380
b) Klageverfahren	381
3. Rechtsschutz gegen das Einreiseverbot	381
4. Rückgängigmachung der Folgen der Abschiebung	381
a) Klageverfahren	382
b) Vorläufiger Rechtsschutz	382
D. Die Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG)	383
I. Allgemeines	383
II. Gefahrenbegriffe und -intensität	384
1. Besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland	384

2. Terroristische Gefahr	385
3. Eintrittswahrscheinlichkeit	385
III. Abschiebungsverbote	387
IV. Einreise- und Aufenthaltsverbot	388
V. Verfahren und Rechtsschutz	388
1. Anhörung	388
2. Rechtsschutz	389
§ 9 Vollstreckung mittels Abschiebungshaft	391
A. Rechtliche Grundlagen	392
B. Materielle Voraussetzungen	393
I. Freiheitsentziehung	393
II. Voraussetzungen der Abschiebungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	393
1. Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 AufenthG)	394
a) Täuschungshandlung (§ 62 Abs. 3a Nr. 1 AufenthG)	394
b) Unentschuldigtes Fernbleiben bei behördlichen oder ärztlichen Terminen (§ 62 Abs. 3a Nr. 2 AufenthG)	394
c) Unangemeldeter Wechsel des Aufenthaltsortes (§ 62 Abs. 3a Nr. 3 AufenthG)	395
d) Aufenthalt entgegen § 11 Abs. 1, Abs. 8 AufenthG (§ 62 Abs. 3a Nr. 4 AufenthG)	395
e) Entziehung bei früherer Abschiebung (§ 62 Abs. 3a Nr. 5 AufenthG)	395
f) Ausdrückliche Erklärung des Ausländers (§ 62 Abs. 3a Nr. 6 AufenthG)	395
g) Identitätstäuschung (§ 62 Abs. 3b Nr. 1 AufenthG)	396
h) Erhebliche finanzielle Aufwendungen (§ 62 Abs. 3b Nr. 2 AufenthG)	396
i) Gefährdung der inneren Sicherheit (§ 62 Abs. 3b Nr. 3 AufenthG)	396
j) Strafrechtliche Verurteilung (§ 62 Abs. 3b Nr. 4 AufenthG) ..	396
k) Fehlende Mitwirkungshandlungen bei Identitätsfeststellung (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG)	397
l) Verstoß gegen Pflichten im Zusammenhang mit der Aufenthaltsbeendigung (§ 62 Abs. 3b Nr. 6 AufenthG)	397
m) Fehlender Aufenthaltsort (§ 62 Abs. 3b Nr. 7 AufenthG)	397
2. Vollziehbare Ausreisepflicht aufgrund unerlaubter Einreise (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 AufenthG)	397
3. Haftgrund der Abschiebungsanordnung (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AufenthG)	398
III. Voraussetzungen des Ausreisegewahrsams (§ 62b AufenthG)	399
IV. Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	399
V. Mitwirkungshaft (§ 62 Abs. 6 AufenthG)	400
VI. Rücküberstellungshaft	400
VII. Voraussetzungen des Festhalterrechts der Behörde (§ 58 Abs. 4 S. 1 AufenthG)	401
VIII. Verhältnismäßigkeit	401
1. Allgemeine Grundsätze	401
2. Prognose nach § 62 Abs. 3 S. 3 AufenthG	402
3. Sonstige im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu beachtende Umstände	404
4. Art und Weise der Haftunterbringung	405
IX. Beschleunigungsgebot	406

C. Verfahrensrecht	407
I. Zulässiger Haftantrag (§ 417 FamFG)	407
1. Zuständigkeit der Behörde (§ 417 Abs. 1 FamFG)	407
2. Begründungsinhalt des Haftantrags (§ 417 Abs. 2 S. 1 FamFG) ..	408
3. Beziehung der Ausländerakte	410
4. Weitere formelle Erfordernisse	411
5. Pflicht zur Anhörung	412
6. Umfang der richterlichen Kontrolle und Belehrungspflichten ...	413
7. Heilung von Verfahrensfehlern	414
II. Verlängerung der Abschiebungshaft	415
III. Rechtsmittel	415
IV. Verfahrenskostenhilfe	416
D. Folgen einer unbegründeten Haftanordnung	416
E. Prüfungsschema für einen Haftantrag	417
§ 10 Duldung, Beschränkung, Haftung	419
A. Die Aussetzung der Abschiebung (Duldung)	420
I. Allgemeines	421
II. Aussetzung der Abschiebung für bestimmte Personengruppen (§ 60a Abs. 1 AufenthG)	422
III. Rechtliche oder tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung (§ 60a Abs. 2 S. 1 und 2 AufenthG)	422
1. Die rechtliche Unmöglichkeit der Abschiebung	423
a) Unterscheidung zwischen inlandsbezogenen Vollstreckungshindernissen und zielstaatsbezogenen Abschiebungsverboten	423
b) Inlandsbezogene Abschiebungshindernisse	423
2. Die tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung	433
IV. Duldung aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen und aus erheblichen öffentlichen Interessen (§ 60a Abs. 2 S. 3 und 4 AufenthG)	434
1. Ermessensduldung (Abs. 2 S. 3)	434
2. Vaterschaftsanerkennung (Abs. 2 S. 4)	435
V. Aussetzung der Abschiebung nach gescheiterter Abschiebung (§ 60a Abs. 2a AufenthG)	435
VI. Eltern gut integrierter Jugendlicher (§ 60a Abs. 2b AufenthG)	435
VII. Erlöschen der Duldung (§ 60a Abs. 5 AufenthG)	435
VIII. Erwerbstätigkeit und deren Ausschluss (§ 60a Abs. 5b und 6 AufenthG)	437
IX. Duldung für Personen mit ungeklärter Identität und besondere Passbeschaffungspflichten (§ 60b AufenthG)	439
1. Nebenbestimmung „für Personen mit ungeklärter Identität“ (Abs. 1)	440
2. Besondere Passbeschaffungspflichten (Abs. 2 und 3)	440
3. Rechtsfolgen und Nachholung von Handlungen (Abs. 4 und Abs. 5)	442
4. Rechtsschutzfragen (insbesondere Abs. 6)	442
5. Ausschluss der Anwendung von § 60b AufenthG (§ 105 AufenthG)	443
X. Die Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)	443
XI. Die Beschäftigungsduldung § 60d AufenthG)	444
1. Familienrelevante Erteilungsvoraussetzungen	444
2. Persönliche Erteilungsvoraussetzungen	445

3. Rechtsfolge „Regelerteilung“ (Abs. 1) und „Ermessen“ (Abs. 4)	446
4. Widerruf (Abs. 3)	446
B. Räumliche und andere Beschränkungen gegenüber vollziehbar Ausreisepflichtigen (§ 61 AufenthG)	446
I. Allgemeines	446
II. Räumliche Beschränkung des Aufenthalts	447
1. Räumliche Beschränkungen kraft Gesetzes	447
2. Beschränkungen kraft behördlicher Anordnung	449
3. Wohnsitzauflage (Abs. 1d)	450
III. Andere Bedingungen und Auflagen (§ 61 Abs. 1e und 1f AufenthG)	450
IV. Ausreiseseinrichtungen (Abs. 2)	451
C. Ausländerrechtliche Haftung Dritter (§§ 63–68 AufenthG)	451
I. Pflichten der Beförderungsunternehmer (§§ 63, 64 AufenthG)	451
1. Völkerrechtliche und europarechtliche Vorgaben	451
2. Verfassungsrecht	452
3. Beförderungsunternehmer und Beförderungsleistung	453
4. Voraussetzungen und Inhalt des Beförderungsverbots	453
5. Voraussetzungen und Inhalt der Rückbeförderungspflicht	455
II. Pflichten des Flughafenunternehmers (§ 65 AufenthG)	456
III. Kosten der Abschiebung (§§ 66, 67 AufenthG)	457
1. Kostenschuldner (§ 66 AufenthG)	457
2. Umfang der Kostenhaftung (§ 67 AufenthG)	459
3. Kostenhaftung bei selbständig in Rechte des Ausländers eingreifenden Amtshandlungen	459
4. Kostenhaftung bei sonstigen Amtshandlungen	461
5. Durchsetzung der Kostenansprüche	461
IV. Verpflichtungserklärung (§§ 68, 68a AufenthG)	462
1. Abgabe der Verpflichtungserklärung	462
2. Wirksamkeit der Verpflichtungserklärung	463
3. Inhalt und Umfang der Haftung	464
4. Zeitliche Grenzen der Haftung	464
5. Nachträgliche Lösung von der Verpflichtungserklärung	466
6. Geltendmachung des Erstattungsanspruchs	466
5. Kapitel. Freizügigkeit in der Europäischen Union	469
§ 11 Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger	469
A. Einleitung	469
B. Die europarechtlichen Grundlagen der Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit	472
I. Die Normenhierarchie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	472
II. Die Grundlagen von Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit	473
III. Die Umsetzung der primärrechtlichen Freizügigkeitsregelungen in der Freizügigkeits-VO (EU) 492/2011 sowie der Freizügigkeits-RL 2004/38/EG	474
C. Die Umsetzung von EUV, AEUV und Freizügigkeits-RL durch das FreizügG/EU	476
I. Die Freizügigkeitsberechtigten nach dem FreizügG/EU	476
1. Die Freizügigkeitsberechtigung der Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen	477

2. Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich zur Arbeitssuche aufhalten	482
3. Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit berechtigt sind	487
4. Die Freizügigkeit der Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen	489
5. Die Freizügigkeit nicht erwerbstätiger Unionsbürgerinnen und -bürger	492
6. Die Freizügigkeit der Familienangehörigen der Unionsbürgerinnen und -bürger	497
7. Die Freizügigkeit der Staatsangehörigen der EWR-Staaten und ihrer Familienangehörigen	510
8. Die Freizügigkeit der Staatsangehörigen Großbritanniens und Nordirlands und ihrer Familienangehörigen	510
9. Die Freizügigkeit der Familienangehörigen Deutscher	511
10. Die Freizügigkeit der Daueraufenthaltsberechtigten	513
II. Die Begünstigung nahestehender Personen nach § 3a FreizügG/EU	519
III. Aufenthaltstitel, Visum, Aufenthaltskarte	522
IV. Beschränkungen und Verlust des Freizügigkeitsrechts	526
V. Zuständigkeitsfragen	536
D. Rechtsschutz	540
§ 12 Assoziationsabkommen	543
A. Assoziationsabkommen mit der Türkei (ARB 1/80)	544
I. Sonderrechte für türkische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen	544
1. Entstehung	544
2. Mögliche Beendigung der Assoziation	546
3. Das Verhältnis zwischen Art. 6 und 7 ARB 1/80	546
4. Europarechtliche Einordnung des Assoziationsrechts	547
II. Aufenthaltsrecht türkischer Arbeitnehmer	548
1. Begriff des Arbeitnehmers	548
2. Ordnungsgemäße Beschäftigung am regulären Arbeitsmarkt	551
a) Regulärer Arbeitsmarkt	551
b) Bedeutung des Grunds für den Zuzug	552
c) Befristete Aufnahme	552
d) Grenzüberschreitende Sachverhalte	552
e) Ordnungsgemäße Beschäftigung	553
f) Öffentlicher Dienst	554
3. Gestufte Zulassung zum Arbeitsmarkt	555
a) Drei Stufen der Freizügigkeit	555
b) Regel und Ausnahme	556
4. Unterbrechungen der Beschäftigung	556
a) Kurzfristige Unterbrechungen	556
b) Längerfristige Unterbrechungen der Beschäftigung	557
III. Nachgezogene Familienangehörige	559
1. Begünstigter Personenkreis	559
a) Stammberechtigte	559
b) Genehmigter Familiennachzug	561
c) Familienangehörige	561
d) Ordnungsgemäßer Wohnsitz	562
e) Vorrang der Unionsbürger	563
f) Arbeitssuche	564
2. Aufenthaltsrecht aufgrund Ausbildung	564

a) Begünstigter Personenkreis	564
b) Berufsausbildung	565
c) Inhalt und Grenzen der Bewerbungsfreiheit	566
3. Deklaratorischer Charakter der Aufenthaltserlaubnis	566
IV. Diskriminierungsverbot	566
V. Stillhalteklauseln	567
1. Begünstigte	567
2. Standstill und Familiennachzug	569
a) Ehegattennachzug	569
b) Familiennachzug und Diskriminierungsverbot	570
c) Familiennachzug und Visumszwang	571
d) Verschärfung im Ehegattennachzug durch Spracherfordernis ..	572
e) Verschärfungen gegenüber Abkömmlingen	572
f) Weitere Begünstigungen durch Standstill	574
3. Schranken der Standstill-Wirkung	575
a) Ausweisung nach Altrecht?	575
b) Verfahrensrechtlicher Standstill	577
c) Aufenthaltsverfestigung	578
VI. Rechtsverlust und Ausweisungsschutz	579
1. Rechtsverlust	579
2. Auslandsaufenthalte	579
3. Aufenthaltsbeendigung	580
VII. Völkerrechtliche Verpflichtungen	582
1. Deutsch-Türkisches Niederlassungsabkommen – NAK	582
2. Europäisches Fürsorgeabkommen – EFA	582
3. Deutsch-türkischer Handelsvertrag	583
4. Europäisches Niederlassungsabkommen	584
B. Sonstige Assoziationsabkommen	584
I. Allgemeines	584
II. Unmittelbare Anwendbarkeit und Visumszwang	586
III. Aufenthaltsrechtliche Regelungsgegenstände	587
1. Niederlassungsfreiheit	587
a) Beschränkungen	587
b) Schlüsselpersonal	587
c) Gleichbehandlungsgebote und Meistbegünstigung	588
d) Stillhalteklauseln	589
e) Dienstleistungen	589
f) Bereichsausnahmen	589
2. Einzelne Länder	589
a) Andenstaaten	589
b) Assoziationsabkommen mit Zentralamerika	590
c) Postsowjetische Staaten	590
d) Staaten des Westlichen Balkan	592
e) AKP-Staaten – künftig OAKPS-Staaten	593
f) Fernöstliche Staaten	593
3. Touristische Reisen	594
4. Rechte von Arbeitnehmern	594
a) Arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbote	594
b) Gebührenrecht	599
c) Arbeitsrechtliche Folgen	599
d) Diskriminierungsverbot und Aufenthaltsrecht	603
e) Familienangehörige	604
5. Sozialrechtliche Diskriminierungsverbote	605

6. Kapitel. Arbeitsmigration	609
§ 13 Einführung	609
A. Globalisierung und internationales Personalmanagement	609
B. Entwicklung des deutschen Arbeitsmigrationsrechts	611
C. Verschiedene Zuwanderungskonzepte	612
I. Zuwanderungsmodelle im Vergleich: Angebot versus Nachfrage	613
II. Zuwanderungsmodelle im Vergleich: kumulative Punkte versus lineare Rechtsfolge	613
III. Änderungen und Neuerungen durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2020	614
IV. Änderungen und Neuerungen durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung 2023	615
§ 14 Unionsrecht	617
A. Primäres EU-Recht	617
I. Unionsbürgerschaft	617
II. Dienstleistungsfreiheit	618
B. Sekundäres EU-Recht	618
§ 15 Nationales Erwerbsmigrationsrecht	619
A. Grundlagen zur Ausländerbeschäftigung	620
I. Vergleichbarkeitsprüfung	621
II. Vorrangprüfung	622
III. Lokale Beschäftigung vs. Entsendung	622
B. Kategorienbasiertes Zuwanderungsrecht	623
I. Schwerpunktkategorien: Erwerbsmigration im AufenthG	623
1. Aufenthalte zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	623
2. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit Berufsausbildung	624
a) Einleitung	624
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen	624
3. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit akademischer Ausbildung a) Einleitung	625
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen	625
4. Blaue Karte EU (§ 18g AufenthG)	625
a) Blaue Karte	625
b) Erteilungsvoraussetzungen	626
c) Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU (§§ 18h, 18i AufenthG)	627
d) Vetorecht der Ausländerbehörde bei Arbeitgeberwechsel	628
5. Sonstige Beschäftigte (§ 19c AufenthG)	628
II. Unterkategorien: Ausgewählte Tatbestände der Beschäftigungsverordnung	629
1. Führungskräfte – leitende Angestellte und Mitglieder eines Organs einer juristischen Person	629
a) Einleitung	629
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen	630
2. Spezialisten	631
a) Einleitung	631
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen	631
3. Personalaustausch und Auslandsprojekte	631
a) Einleitung	631
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen – Personalaustausch	632
c) Besondere Erteilungsvoraussetzungen – Auslandsprojekte	632

4. Sonstige Beschäftigte: Beschäftigung bestimmter Staatsangehöriger	633
a) Einleitung	633
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen	634
5. Nichtbeschäftigungsfiktion	634
a) Einführung	634
b) Geschäftsreise im engeren Sinn	635
c) Innerbetriebliche Weiterbildung im Konzern	636
d) Werklieferungsverträge-Software- und Maschineninstallation	636
C. Verfahrensbesonderheit: Das beschleunigte Fachkräfteverfahren	637
I. Einführung	637
II. Verfahrensablauf	638
1. Antragstellung	638
2. Zuständigkeit	638
3. Kontrahierungspflicht	639
4. Verbindliche Vereinbarung	639
5. Vereinbarungsinhalt	640
6. Aufgaben der Ausländerbehörde	641
7. Fristen	641
8. Gebühr	642
7. Kapitel. Asyl- und Asylverfahrensrecht	643
§ 16 Grundlagen und Grundbegriffe des Asylrechts	643
A. Entwicklung des Asylrechts	643
B. Formen der Schutzgewährung	646
C. Grundbegriffe des Asylrechts	647
§ 17 Völkerrecht	653
A. Genfer Flüchtlingskonvention	653
B. Europäische Menschenrechtskonvention	656
I. Art. 3 EMRK	658
II. Art. 4 des 4. Zusatzprotokolls	661
III. Art. 13 EMRK	662
§ 18 Unionsrecht	663
A. EU-Politik im Asylbereich	664
I. Entstehung und Entwicklung einer (gemeinsamen) europäischen Asylpolitik	664
II. Die Sekundärrechtsakte des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)	667
III. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)	672
B. Dublin III-VO	674
I. Dublin III-Verordnung	675
1. Historische Entwicklung	675
2. Aufbau des Dublin-Systems	676
3. Territorialer Anwendungsbereich	677
4. Sachlicher Anwendungsbereich	678
II. Ablauf des Dublin-Verfahrens	679
1. Beginn des Dublin-Verfahrens	679
2. Recht auf Information und persönliches Gespräch	679
a) Recht auf Information	680
b) Persönliches Gespräch	680
III. Zuständigkeitsbestimmung	682
1. Kriterienkatalog und maßgeblicher Zeitpunkt	682
2. Zuständigkeitskriterien der Dublin III-VO	682
3. Erlöschen der Zuständigkeit gemäß Art. 19 Dublin III-VO	683

IV. Kriterien zu Wahrung der Familieneinheit	684
1. Verfahrensgarantien für Minderjährige	685
2. Familienangehörige	688
V. Kriterien aufgrund der Verantwortlichkeit für Einreise und Aufenthalt	689
1. Aufenthaltstitel und Visum	689
2. „Illegale“ Einreise und illegaler Aufenthalt	690
3. Visafreie Einreise und Antrag im Transitbereich eines internationalen Flughafens	692
VI. Ausnahmen von der Anwendung der Kriterien	692
1. Abhängige Personen	693
2. Überstellungsverbote nach Art. 4 GRCh	695
3. Selbsteintrittsrecht	700
4. Humanitäre Klausel	703
VII. Verfahrensablauf	705
1. Aufnahme- und Wiederaufnahmeverfahren	705
2. Antragsfristen und Zuständigkeitsübergang	706
3. Antwortfristen und mögliche Konsequenzen	708
VIII. Verpflichtungen der Asylsuchenden	709
1. (Keine) Verpflichtung, einen Antrag in einem bestimmten Staat zu stellen	709
2. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Fingerabdrücke abzunehmen	709
3. Mitwirkung bei der Zuständigkeitsbestimmung im Rahmen des persönlichen Gesprächs	710
4. Die Verpflichtung der Überstellungsentscheidung nachzukommen	711
IX. Bescheid, Zustellung und Überstellung	712
1. Bescheid	712
2. Zustellung	713
3. Überstellung	714
4. Überstellungsfrist	715
X. Rechtsschutz nach der Dublin III-Verordnung	719
1. Formeller Umfang des Beschwerderechts	719
2. Aufschiebende Wirkung	721
3. Zugang zu rechtlicher Beratung und sprachlicher Hilfe	722
4. Materieller Prüfumfang und Vorlage beim EuGH	723
§ 19 Nationales Asyl- und Asylverfahrensrecht	725
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	726
B. Das Asylgesetz und das Aufenthaltsgesetz	729
I. Materielles Asylrecht	729
1. Die Asylberechtigung	729
a) Voraussetzungen	730
b) Einschränkungen	732
c) Rechtsstellung des Asylberechtigten	733
2. Die Flüchtlingseigenschaft	734
a) Voraussetzungen	735
b) Rechtsstellung des Flüchtlings	781
3. Der subsidiäre Schutz	782
a) Voraussetzungen	782
b) Rechtsstellung des subsidiär Schutzberechtigten	797
4. Nationale Abschiebungsverbote	797
a) § 60 Abs. 2 AufenthG	798

b) § 60 Abs. 5 AufenthG	798
c) § 60 Abs. 7 AufenthG	800
d) Rechtsstellung	803
5. Widerruf und Rücknahme der erworbenen Rechtsstellung	803
a) Widerruf von Asyl- und Flüchtlingsanerkennung	803
b) Widerruf der anderen Rechtsstellungen	806
c) Rücknahme der Rechtsstellungen	806
II. Asylverfahrensrecht	807
1. Behördliches Asylverfahren	807
a) Grundlagen des behördlichen Asylverfahrens	807
b) Die Stellung des Asylantrags	813
c) Aufenthaltrechtliche Folgen der Asylantragstellung	817
d) Das behördliche Erkenntnisverfahren	820
e) Regelungen über die Verfahrensdauer und Verfahrensbeschleunigung	826
f) Pflichten des Antragstellers im Asylverfahren	827
g) Rücknahme des Asylantrags und Verzicht (§ 14a Abs. 3 AsylG)	830
h) Das Nichtbetreiben des Verfahrens (§ 33 AsylG)	831
i) Unzulässige Asylanträge (§ 29 AsylG)	834
j) Die Entscheidung des Bundesamts über zulässige Asylanträge	840
k) Der Bundesamtsbescheid	842
l) Das Verfahren bei Widerruf und Rücknahme	844
m) Das Folgeverfahren (§ 71 AsylG)	846
n) Das Flughafenverfahren (§ 18a AsylG)	849
o) Besondere Verfahrensgarantien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	850
2. Gerichtliches Verfahren	852
a) Einführung	852
b) Das erstinstanzliche Klageverfahren	853
c) Berufungsverfahren	901
d) Eilrechtsschutz im Asylprozess	914
3. Verfassungsbeschwerde	923
a) Einführung	923
b) Zulässigkeit	924
c) Begründetheit	925
d) Ordnungsgemäßer Antrag	927
e) Einstweilige Anordnung	928
III. Rechtsstellung der Asylantragsteller	929
1. Einleitung	929
a) Übersicht	929
b) Bleibeperspektive und soziale Rechte für Asylsuchende	930
2. Gestatteter Aufenthalt in der Bundesrepublik	931
3. Wohnen und Mobilität	932
4. Soziale Leistungen	933
a) Grundlagen	933
b) Leistungen während der Wohnpflicht in der Aufnahmeeinrichtung	933
c) Leistungen bei Antragstellern in Gemeinschafts- oder privater Unterkunft	933
d) „Analogleistungen“ nach Ablauf von 36 Monaten	933
e) Leistungskürzungen für Asylantragsteller (§ 1a Abs. 4 und 5 AsylbLG)	934
f) Medizinische Leistungen	935

5. Erwerbstätigkeit, Berufsausbildung, Studium und andere Lebenssituationen	935
8. Kapitel. Spätaussiedler	939
§ 20 Recht der Spätaussiedler	939
A. Grundlagen	940
I. Begriffsklärung	940
II. Historische Entwicklung	941
1. 1945 bis 1952	941
2. 1953 bis 1968	942
3. 1969 bis 1986	942
4. 1987 bis 1992	942
5. 1993 bis 2012	943
6. 2013 bis heute	943
B. Der Erwerb des Spätaussiedlerstatus	944
I. Deutsche Volkszugehörigkeit	945
1. Abstammung von einem Deutschen	945
2. Bekenntnis zum deutschen Volkstum	946
a) Nationalitätenerklärung	947
b) Bekenntnissurrogat	947
c) Bekenntnis auf andere Weise	947
d) Bekenntnisfiktion	949
3. Bestätigung des Bekenntnisses	949
II. Einreise im Wege des Aufnahmeverfahrens	950
1. Verlassen des Aussiedlungsgebiets	950
2. Im Wege des Aufnahmeverfahrens	951
a) Verfahren vom Aussiedlungsgebiet aus	951
b) Ausnahme in Härtefällen	951
c) Folgeantrag	953
III. Begründung des ständigen Aufenthalts in Deutschland	953
IV. Fehlen von Ausschlussgründen	953
C. Die Aufnahme von Familienangehörigen durch Einbeziehung	953
I. Einbeziehungsantrag des Spätaussiedlers	954
II. Ehegatte des Spätaussiedlers	954
III. Abkömmling des Spätaussiedlers	954
IV. Im Aussiedlungsgebiet leben	955
V. Gemeinsame Aussiedlung	955
VI. Nachträgliche Einbeziehung, wenn im Aussiedlungsgebiet verblieben	955
VII. Nachträgliche Einbeziehung im Härtefall	956
VIII. Grundkenntnisse der deutschen Sprache	956
IX. Fehlen eines Ausschlussgrundes	956
D. Die Bescheinigung der Spätaussiedlereigenschaft	957
E. Rechtsstellung des Spätaussiedlers und seiner Angehörigen	958
F. Rechtsschutz	958
9. Kapitel. Integrationsrecht	961
§ 21 Grundlagen	961
A. Zum Begriff Integration	963
B. Foren der Integrationspolitik	967
C. Integrationsrechtliche Vorgaben auf der Ebene der EU	969
D. Differenzierung nach Status – ein Blick auf ausgewählte Zahlen	971
I. Unbefristete Aufenthaltstitel bzw. Aufenthaltsrechte	972

II. Aufenthaltserlaubnisse, Aufenthaltsgestattungen und Duldungen	973
1. Aufenthaltserlaubnisse	973
2. Aufenthaltsgestattungen	974
3. Duldungen	975
§ 22 Integration durch Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache und wei- tere Integrationsangebote	977
A. Integrationsförderung auf Bundesebene vor dem Zuwanderungsgesetz . .	977
B. Grundstruktur des Integrationskurstsystems des Aufenthaltsgesetzes (§ 43 AufenthG)	979
C. Teilnahmeberechtigung, Zulassung im Rahmen verfügbarer Kursplätze und Ausschluss (§ 44 AufenthG)	980
D. Teilnahmeverpflichtung (§ 44a AufenthG)	982
I. Anwendungsbereich und zuständige Behörden	982
II. Sanktionen bei Verstoß gegen die Teilnahmeverpflichtung	983
E. Integrationsprogramm (§ 45 AufenthG)	984
F. Berufsbezogene Deutschsprachförderung (§ 45a AufenthG)	984
G. Aktuelle Entwicklungen und einige Herausforderungen im Bereich der Integrationskurse	985
§ 23 Integrationsförderung durch Zuweisung des Wohnortes	987
A. Wohnsitzauflage und Wohnsitzregelung (§§ 12 und 12a AufenthG)	987
B. Die Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG	989
I. Grundstruktur (insbesondere Abs. 1 und 1a)	989
II. „Bestimmter Ort“ (Abs. 2 und 3)	991
III. „Zuzugssperre“ (Abs. 4)	991
IV. Voraussetzungen bzw. Verfahren für die Aufhebung (Abs. 5), Familiennachzug (Abs. 6), Rückwirkung auf Altfälle (Abs. 7) und Verhältnis zur Wohnsitzauflage (Abs. 10)	992
V. Rechtsschutz und Verfahrensregelungen (Abs. 8 und 9)	994
C. Fazit	994
§ 24 Integration durch Gewährung von Daueraufenthaltsrechten und die gesetzli- chen Bleiberechtsregelungen	997
A. Regelungen zur Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG	998
I. Systematische Abgrenzung	998
II. Übergangsvorschriften hinsichtlich des AuslG 1990 nach Kapitel 10 AufenthG	998
III. Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG	999
1. Besitz einer Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren: Anrechenbare Zeiten und Anrechnungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und Abs. 4)	1000
a) Anrechenbare Zeiten	1000
b) Anrechnungsregelungen	1000
2. Sicherung des Lebensunterhalts (Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und S. 6)	1001
3. Altersvorsorge (Abs. 2 S. 1 Nr. 3, Abs. 3 S. 1–3 und Abs. 3a) . . .	1002
4. Kein Entgegenstehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder von Gefahren (Abs. 2 S. 1 Nr. 4 und Abs. 3a)	1003
5. Beschäftigungserlaubnis (Abs. 2 S. 1 Nr. 5, Abs. 3 S. 1 und 3 sowie Abs. 3a)	1004
6. Erlaubnisse zur Berufsausübung soweit erforderlich (Abs. 2 S. 1 Nr. 6, Abs. 3 S. 1 und 3 sowie Abs. 3a)	1004
7. Nachweis ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache und Abweichungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 7, S. 2–5 und Abs. 3a)	1005

8. Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Abs. 2 S. 1 Nr. 8, S. 2–5 und Abs. 3a)	1005
9. Ausreichender Wohnraum (Abs. 2 S. 1 Nr. 9 und Abs. 3a)	1006
10. Erlöschensregelungen (§ 51 AufenthG)	1006
B. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a AufenthG	1006
I. Ausgeschlossene Formen des rechtmäßigen Aufenthalts (Abs. 3)	1007
II. Anrechenbare Zeiten und Anrechnungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und § 9b AufenthG)	1009
III. Lebensunterhaltssicherung (Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und § 9c AufenthG) ..	1010
IV. Weitgehende Parallelitäten zwischen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a Abs. 2 AufenthG und der Niederlassungserlaubnis nach § 9 Abs. 2 AufenthG	1011
V. Erlöschensregelungen (§ 51 Abs. 9 AufenthG)	1011
C. Humanitäre Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 AufenthG	1012
I. Völker- und unionsrechtlicher Rahmen – dauerhafte Lösung für Flüchtlinge	1012
II. Verfestigungsregelung im AufenthG	1013
1. Fünf-Jahresregelung (S. 1 und 2)	1014
2. Drei-Jahresregelung (S. 3 und 4)	1015
D. Humanitäre Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG	1015
E. Regelungen zum Übergang eines geduldeten Aufenthalts in einen rechtmäßigen humanitären Aufenthalt	1015
F. Fazit	1016
§ 25 Sozial- und familienrechtliche Absicherung der Integration	1019
A. Ausgewählte integrationsrechtliche Problemfelder im deutschen Sozialrecht	1020
I. SGB III	1021
1. Ausbildungsförderung nach § 56 SGB III	1021
2. Beratung und Vermittlung	1022
3. Zugang zu weiteren Leistungen nach dem SGB III	1023
II. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1024
III. SGB VIII	1025
IV. SGB IX	1026
V. SGB XII	1027
VI. SGB II	1027
B. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	1029
I. Grundstruktur, sozialrechtliche und integrationspolitische Einordnung	1029
II. Kreis der Leistungsberechtigten und Ausschluss durch Gewährung von Überbrückungsleistungen (§ 1 AsylbLG)	1030
III. Grundleistungen, Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt sowie sonstige Leistungen (§§ 3, 3a, 4, 6 und 16 AsylbLG) ..	1032
IV. Sogenannte Analogleistungen (§ 2 AsylbLG)	1036
V. Möglichkeiten der Anspruchseinschränkung bei aufenthalts- bzw. asylrechtlichem Fehlverhalten	1038
1. Anspruchseinschränkung nach § 1a AsylbLG	1038
2. Ergänzende Bestimmungen nach § 11 AsylbLG	1041
VI. Möglichkeiten der Anspruchseinschränkung im Bereich des Förderns und Forderns	1041
C. Familienleistungen	1042
D. Fazit	1045

10. Kapitel. Migrationsrechtliche Bezüge des Strafrechts	1047
§ 26 Einleitung	1047
A. Schnittmengen von Migrationsrecht und Strafrecht	1047
I. Die Bereinigung der Akten um nicht mehr verwertbare Daten	1048
1. Keine Daten sind gute Daten	1048
2. Wie Daten in die Ausländerakten kommen	1048
3. Anspruch auf Löschung oder Vernichtung von Daten	1049
4. Die Aktenbereinigung um Daten aus Strafverfahren	1049
II. Löschungsantrag und Erledigung	1050
B. Strafvollstreckung	1050
I. Das Absehen von der weiteren Strafvollstreckung	1050
1. Die Abschiebung nach Vollstreckung eines Teils der Freiheitsstrafe	1050
2. Abschiebung bewirkt keine endgültige Erledigung der Strafe	1051
a) Nachholung der Strafvollstreckung	1051
b) Belehrung des Betroffenen	1051
c) Rückkehr vor Vollstreckungsverjährung	1052
II. Strafaussetzung zur Bewährung nach Abschiebung	1052
1. Antragstellung aus dem Ausland	1052
2. Persönliche Anhörung	1053
C. Strafvollzug	1054
I. Vollzugsprobleme bei Migranten	1054
1. Offener Vollzug und Vollzugslockerungen	1054
2. Verlegung in andere JVA	1054
II. Die Rolle der Ausländerbehörde in Vollzugsfragen	1055
1. Das „Benehmen“ der Ausländerbehörde	1055
2. Anwaltliche Handlungsoptionen	1055
III. Gerichtlicher Rechtsschutz	1055
§ 27 Spezialgesetzliche Straftatbestände	1057
A. Strafverfahren im Staatsangehörigkeitsrecht	1058
I. Einleitung	1058
II. Strafbarkeit falscher Angaben im Einbürgerungsverfahren	1059
1. Falsche wesentliche Angaben	1059
2. Falsche oder unterbliebene Angabe von Bagatelldaten	1059
3. Einbürgerungshindernis bis zur Tilgungsreife	1059
III. Falsche Angaben zum Ausweis nach § 30 StAG	1060
B. Straftaten nach dem AufenthG	1060
I. Einleitung	1060
1. Blankettnormen	1060
2. Verwaltungsakzessorietät	1060
3. Sabotage des Verfahrens, untergetauchter Ausländer	1061
4. Vollziehbarkeit	1062
5. Betroffener Personenkreis	1062
6. Die Auswirkungen der Rückführungs-RL	1062
7. Keine Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 95 Abs. 5 AufenthG)	1063
II. Verstoß gegen die Passpflicht (§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	1063
III. Unerlaubter Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel (§ 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	1064
IV. Einreise ohne Pass (§ 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG)	1065
V. Verstoß gegen ein Ausreiseverbot oder gegen eine Einschränkung der politischen Betätigung (§ 95 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG)	1065

VI. Verstoß bei der Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität (§ 95 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG)	1065
VII. Verstöße bei Maßnahmen zur Feststellung und Sicherung der Identität (§ 95 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG)	1066
VIII. Verstöße gegen Maßnahmen zur Überwachung von Ausländern (§ 95 Abs. 1 Nr. 6a–6c AufenthG)	1066
IX. Wiederholter Verstoß gegen Aufenthaltsbeschränkung (§ 95 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG)	1067
X. Mitgliedschaft in einer geheimen Gruppe (§ 95 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG)	1068
XI. Verstoß gegen Verbot der Erwerbstätigkeit durch Inhaber von Schengen-Visa (§ 95 Abs. 1a AufenthG)	1068
XII. Verstöße gegen Einreise- oder Aufenthaltsverbot (§ 95 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG)	1069
XIII. Verhinderung der Aufenthaltsfeststellung mittels elektronischer Überwachung (§ 95 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG)	1069
XIV. Falschangaben zum Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung (§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG)	1070
XV. Einschleusen von Ausländern und Freizügigkeitsberechtigten (§§ 96, 97 AufenthG)	1071
C. Strafbarkeit nach dem AsylG	1073
I. Verleiten zur missbräuchlichen Antragsstellung (§§ 84, 84a AsylG) ..	1073
II. Sonstige Straftaten (§ 85 AsylG)	1074
§ 28 Migrationsrechtlich relevante Vorschriften des StGB	1077
A. Straftatbestände	1077
B. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe	1077
C. Rechtsfolgen von Straftaten	1078
I. Keine generellen Sonderregeln bei der Strafe	1078
II. Einige relevante Strafzumessungskriterien	1078
1. Die sogenannte Ausländereigenschaft	1078
2. Ausländerrechtliche Folgen einer Verurteilung	1079
3. Strafempfindlichkeit	1079
III. Die Maßregeln der Unterbringung nach §§ 63, 64, 66 StGB	1080
1. Die praxisrelevanten Maßregeln	1080
2. Die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt	1080
a) Zunahme der Unterbringungen nach §§ 63, 64 StGB	1080
b) Migranten in der Entziehungsanstalt	1080
c) Zur Vollstreckungsreihenfolge nach § 67 StGB	1081
d) Partiieller Verstoß des § 67 StGB gegen die EMRK	1082
e) Ausländerrechtliche Chancen der Unterbringung nach § 64 StGB	1083
f) Maßregelvollzug im Ausland	1084
11. Kapitel. Datenschutzrecht	1085
§ 29 Grundlagen	1085
A. Europarechtliche Grundlagen	1085
I. Primärrecht	1085
II. Verordnungen	1086
1. Datenschutz-Grundverordnung (VO (EU) 2016/679)	1086
a) Überblick	1086
b) Rechte der betroffenen Person	1087
c) Rechtsbehelfe	1088
2. Dublin III-VO	1088

3. Eurodac-VO	1090
a) Überblick	1090
b) Aufbau des Systems und Grundprinzipien	1090
c) Erfassung, Übermittlung und Abgleich der Fingerabdruckdaten	1091
d) Aufbewahrung und Löschung der Daten	1091
e) Datenmarkierung	1092
f) Verwendung der Daten für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecke	1092
g) Datenverarbeitung, Datenschutz und Haftung	1092
III. Richtlinien	1093
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1094
§ 30 Migrations- und integrationsrechtliche Datenschutzbestimmungen	1095
A. Aufenthaltsgesetz und -verordnung	1096
I. Einführung	1096
II. Erhebung personenbezogener Daten	1096
III. Übermittlung personenbezogener Daten	1097
IV. Speicherung und Löschung personenbezogener Daten	1098
V. Ausweisrechtliche Pflichten und Auswertung von Datenträgern	1098
VI. Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität	1100
VII. Elektronische Aufenthaltsüberwachung	1101
VIII. Beteiligung der Sicherheitsbehörden	1101
IX. Rechte der betroffenen Person	1102
B. Asylgesetz	1102
I. Einführung	1102
II. Erhebung personenbezogener Daten	1102
III. Übermittlung personenbezogener Daten	1103
IV. Löschung personenbezogener Daten	1103
V. Mitwirkungspflichten des Ausländers	1104
VI. Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität	1104
VII. Auswertung von Datenträgern	1106
VIII. Rechte des Betroffenen	1106
C. Ausländerzentralregistergesetz und -durchführungsverordnung	1106
I. Entwicklung und Aufbau des Registers	1106
II. Anlässe der Speicherung und Inhalt des Registers	1107
III. Datenübermittlung	1108
1. Übermittlung an das Register	1108
2. Übermittlung durch die Registerbehörde	1109
IV. Rechte des Betroffenen	1111
1. Auskunftsrecht	1111
2. Rechte auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung	1112
3. Übermittlungssperren	1113
4. Datenschutzaufsicht	1113
D. Datenschutzgesetze	1113
I. Überblick	1113
II. Abgrenzung zwischen öffentlichen Stellen des Bundes und der Länder und nicht-öffentlichen Stellen	1114
III. Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen ..	1115
IV. Datenschutzaufsichtsbehörden	1115
1. Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden	1115
2. Aufgaben der Aufsichtsbehörden	1115

Inhaltsverzeichnis

V. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	1116
1. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ..	1116
2. Verarbeitung zu anderen Zwecken	1117
3. Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	1117
VI. Rechte der betroffenen Person	1118
1. Informationspflicht bei Erhebung personenbezogener Daten	1118
2. Auskunftsrecht der betroffenen Person	1119
3. Recht auf Löschung	1119
4. Widerspruchsrecht	1119
5. Rechtsbehelfe	1120
Sachverzeichnis	1121

